

tung gegen die Jesuiten, den „kanonischen Wächler“ verbot, brachen die ersten Unruhen aus, auf Grund derer die geplanten Festelichkeiten des 300jährigen Jubiläums der Augsburger Konfession zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen teilweise eingeschränkt wurden. Die Schuld an dieser Einschränkung schob man auf die Katholiken, gegen die sich der Haß in der Plünderung eines katholischen Warenlagers in Chemnitz Luft machte.

Unter dem Eindruck der vorgeschriebenen Vorgänge entstand die Fassung des soeben kurz gestreiften § 56, der heute Gott sei Dank der Vergangenheit angehört, der aber doch bis 1918 jede Entwicklung katholischen Ordenslebens in Sachsen unmöglich machte. Um wieviel wohlthätige Segnungen das sächsische Volk dadurch Jahrzehnte hindurch gekommen ist, beweist die heilsame und wahrhaft caritative Tätigkeit der Frauen- und Männerorden, die sich seit der Revolution in Sachsen niedergelassen haben und bis heute einen großen Teil der sonst dem Staate zur Last fallenden Wohlfahrtspflege versehen. Auch die so zu Unrecht geschmähten Jesuiten sind darunter und haben ihren gerade für die heutige Zeit so segensreichen Exerzitiengeist über das Diasporaland ausgegossen.

Der § 57 der Verfassung tut des Kollegiums der in evangelischen beauftragten Staatsminister nochmals Erwähnung, und zwar mit dem eigenartig anmutenden Zusatz „solange der König einer andern Konfession zugehörig ist“. Dieser Passus gewinnt noch besondere Bedeutung, wenn man daran denkt, daß zweimal an sächsische Herrscher mit dem Vorschlage herangetreten wurde, ihren katholischen Glauben zu wechseln, an Friedrich August II., noch als Mitregent des Königs Anton, am 12. September 1830 und an König Johann 1854. Die mannhaften, ablehnenden Antworten dieser Fürsten sollten ihnen in katholischen Kreisen nie vergessen werden.

Gemäß diesem § 57 waren übrigens auch die geistlichen Behörden aller Konfessionen dem Kultusministerium unterstellt, also auch die katholischen Kirchenbehörden. Wie glücklich können wir darüber sein, daß heute diese Fesseln gefallen sind, die eine katholische Behörde einem betont evangelischen Ministerium unterstellten. Frei waren die Konfessionen damals nur in betreff ihrer inneren Angelegenheiten.

Einen unseugbaren Vorzug gegenüber den heutigen Zuständen aber bedeutet der § 63 der alten Verfassung, der in seinem Absatz 9 auch dem Dekan des Domstifts St. Petri zu Bautzen, zugleich in seiner Eigenschaft als höherer katholischer Geistlicher Sitz und Stimme in der ersten Kammer des Landtages einräumte. Dadurch wurde auch dem bisher so zurückgesetzten katholischen Volksteil Gelegenheit gegeben, die Belange seiner Religion in der Volksvertretung zu Gehör zu bringen und nachhaltig zu vertreten. Von da an erschienen in den Landtagsberichten die Dekane von St. Petri als eifrige Kämpfer für die katholische Kirche in Sachsen, Namen wie die der Bischöfe Mawermann, Dittich, Forwerh, Wohl und des Domkapitulars Schala sollen hier ehrenvolle Erwähnung finden.

Dieses Recht ist den Katholiken der Diaspora Sachsen mit dem Verschwinden der ersten Kammer verlorengegangen und leider ist es ihnen nicht gelungen, sich daselbe Recht auf die Dauer durch die Wahl katholischer Abgeordneter in den sächsischen Landtag zu erhalten, so daß heute wieder die Belange der katholischen Glaubensgenossen im Landtage unvertreten sind. Hier liegt in der Erinnerung an die Zustände der alten Verfassung eine ernste Mahnung an die sächsischen Katholiken, alles daran zu setzen und unentwegt darnach zu streben sich die gerade in heutiger Zeit so dringend notwendige katholische Vertretung im Parlament zu erkämpfen. Das zu erreichen sollte das Gelübnis aller Katholiken Sachsens an diesem ersten Gedächtnistage des 4. September 1931 sein.

Noch einer Einrichtungs soll hier kurz gedacht werden, die zwar in der damaligen Verfassung nicht unmittelbar erwähnt ist, aber doch auf deren Grunde erwuchs, die uns aber heute ebenfalls verlorengegangen ist, ich meine die katholische Abteilung des sächsischen Kultusministeriums, die die Aufgabe hatte, an Entschleunigungen in katholischen Kirchen- und Schulsachen mitzuwirken und das Recht besaß, Beschwörungen in diesen Angelegenheiten sogar unmittelbar beim König vorzubringen. — Auch diese Einrichtung ist mit der Revolution verschwunden und trotz aller in dieser Richtung geltend gemachten Forderungen katholischer Kreise auf einen katholischen Delegierten im Kultusbildungsministerium ist es bisher noch nicht gelangt, diese Absicht zu verwirklichen, die in Süddeutschland schon seit Jahren in Württemberg und Baden Erfüllung gefunden hat. Auch diese Erinnerung ist eine ernste Mahnung, in der Verfolgung dieser lebenswichtigen Forderungen nicht nachzulassen.

So hat die alte Verfassung vom 4. September 1831 eine große kulturpolitische Bedeutung für die Katholiken Sachsens gehabt. Sie war grundlegend für die Entwicklung des katholischen Lebens in Sachsen für mehr als acht Jahrzehnte. Die damals gemachten Erfahrungen sprechen warnend, aber auch mahnend zu den sächsischen Katholiken der Gegenwart. Nur positive Mitarbeit am Staate und politische Vertretung der Lebensnotwendigkeiten unserer Kirche kann die Vorteile, die wir gewonnen haben, erhalten, und jene, die wir verloren haben, wiedergewinnen! Dr. F. Krache.

Verhaftungen in Spanien

Paris, 3. September.
Wie Havana aus Madrid berichtet, hat der Leiter der spanischen Sicherheitspolizei heute der Presse mitgeteilt, daß zwei Mitglieder der Regierung Primo de Rivera, und zwar die Generale Berenguer und Jordana, verhaftet und ins Militärgefängnis übergeführt worden seien. General Berenguer war bis zum Ausbruch der Revolution Generalgouverneur von Katalonien, General Jordana Oberkommandant in Spanisch-Marokko. Ferner sind folgende ehemalige Mitarbeiter Primo de Riveras verhaftet worden: der frühere Wirtschaftsminister Caldeira, der frühere Minister Pedro Novarro und del Celado sowie General Manada.

Wenn jetzt die Regierung Zamora dazu übergeht, die für die Diktatur Primo de Riveras, die im übrigen für Spanien sehr lehrreich war, ins Gefängnis zu werfen, so will sie damit offenbar sich in erster Linie ein Verhängnis auf sich selbst herbeiführen. — In Saragossa ist am Mittwoch die achtmal Arbeiterpartei in den Generalstreik getreten.

Die Erklärungen in Genf

Das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion wird nicht weiter verfolgt

Genf, 3. September.

Der Europa-Ausschuß ist heute um 11 Uhr zu seiner vierten Sitzung zusammengetreten. In der allgemeinen Aussprache werden heute der deutsche und der österreichische Vertreter das Wort ergreifen und, wie angekündigt, im Verlauf ihrer Reden auch das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt behandeln.

Auf deutscher und österreichischer Seite hält man den Europa-Ausschuß für das geeignete Forum, um diese Angelegenheit zu erörtern. In dem Bericht der Wirtschaftsfachverständigen des Europa-Ausschusses, der gestern von dem Koordinationskomitee an das Plenum weitergeleitet worden ist, wird ja der Zollunionsgedanke als ein Mittel der organischen Machterweiterung mit dem Endziel einer europäischen Zollunion erwähnt. Es wäre also geradezu unnatürlich, in diesem Zusammenhang nicht von der Frage zu sprechen, die schon seit Monaten die europäische Öffentlichkeit bewegt. Es hat über das Verfahren ein Meinungsaustausch zwischen den interessierten Delegationen stattgefunden. Es sind aber, wie ausdrücklich festzustellen ist, keine formulierten Erklärungen vereinbart worden. Der deutsche und österreichische Vertreter werden ihre Mitteilungen vielmehr in voller Freiheit machen.

Der Botschafter in Genf wird sich mit der Frage der Zollunion erst am Sonntag befassen, nachdem das Gutachten des Haager Gerichtshofes vorliegt.

Gleich zu Beginn der öffentlichen Sitzung des Europa-Ausschusses ergriß der österreichische

Außenminister Dr. Schober

das Wort zu einer Rede, in der er auch auf die in dem Bericht der Sachverständigen berührte Frage der Zollunion zu sprechen kam. Er führte aus, daß die von den Sachverständigen geltend gemachten Gründe sich mit denjenigen begnügen, die die deutsche und die österreichische Regierung im Frühjahr d. J. zu dem bekannten Projekt einer Zollunion veranlaßt haben. Es sei, so führte Dr. Schober fort, von allem Anfang an klar gewesen, daß dieser Entwurf nur Aussicht auf Erfolg haben konnte, wenn auch andere Staaten sich bereitfinden würden, daran teilzunehmen. Mit Rücksicht auf die seither eingetretenen Umstände habe sich die österreichische Regierung mit der deutschen Regierung über die einigende Haltung verständigt. Es habe sich ergeben, daß aus der Durchführung des Projekts Schwierigkeiten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Staaten entstehen könnten. Die österreichische Regierung teile demgemäß ihre Entschluß mit,

das Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen, in der Hoffnung, daß dadurch dem Gedanken einer konstruktiven Zusammenarbeit gebietet und eine Stimmung für ein vertrauensvolles Verhältnis der europäischen Staaten geschaffen werde.

Dr. Schober schloß mit der Anrede, daß ein Unterausschuß mit dem Auftrage eingesetzt werde, die wesentlichen Elemente einer Zollunion in einem Skizzenentwurf zusammenzufassen. Die Rede Dr. Schobers wurde von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

führte u. a. aus: Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der Ihnen allen bekannte Plan der deutschen und der österreichischen Regierung entstanden ist. Wir legen deshalb daran, einige Bemerkungen dazu zu machen. Bemerkungen, die unabhängig sind von dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes in Haag, das sich auf die rechtliche Seite der Angelegenheit bezieht. Die Absicht der deutschen und österreichischen Regierung bei dem Projekt einer Zollunion zwischen ihren Ländern ist vornehmlich dahin gegangen, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilnehmen hätte. Seitdem haben sich die Ereignisse überstürzt, so daß sich die ursprüngliche Sachlage völlig verändert hat. Wir stehen jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor Plänen von allgemeinerem Charakter. Wir wollen an der Verwirklichung dieser Pläne aktiv mit allen Kräften mitarbeiten. In Erwartung eines fruchtbaren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Dr. Curtius mit dem Bericht des Kreditausschusses.

Der Besuch in Berlin

Genf, 3. September. Die französische Regierung hat am Mittwochabend durch den Botschafter Francois-Roux dem Reichsaussenminister nunmehr offiziell mitteilen lassen, daß der Besuch des Ministerpräsidenten Bonal und des Außenministers Briand in Berlin am 26. und 27. September stattfinden wird.

Eröffnung der Börsen

Die ersten Notierungen

Dresden, 3. September.

Zu Beginn des Verkehrs richtete der Vorstand an die Börsewertsammlung Worte der Mahnung in bezug auf den reibungslosen Verkehr. Die Kursfestsetzung verzögerte sich naturgemäß außerordentlich. Die Umsätze hielten sich in geringen Grenzen, da man zunächst die Lage überschauen will.

Bei Wandbriefen zeigten sich die Kursabschwächungen in dem erwarteten Maße von ca. 10 Prozent, ebenso bewegten sich die Notizen der Aktien innerhalb der in den letzten Tagen bekannt gewordenen Kurse, wobei naturgemäß ein großer Teil gestiegen werden mußte. Ein vollständig klares Bild läßt sich augenblicklich noch nicht geben. (Bei Durchgabe dieses Berichtes dauerte der Börsenverkehr noch an.)

Berlin, 3. September.

Der Berliner Börsenvorstand hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Das allgemeine Wohl und das besondere Interesse der Börse erheischen gebieterisch, daß nach Wiedereöffnung des amtlichen Börsenverkehrs in Wertpapieren alles vernieden wird, was geeignet ist, das Verlangensmäßig zu beeinträchtigen. Von dem Pflichtbewußtsein der Börsebesucher wird erwartet, daß sich jeder einzelne in den Dienst der Erreichung dieses Zieles stellt. Insbesondere muß jede Gerüchsbildung und -weitergabe strengstens unterdrückt und, wo sie sich etwa zeigt, zur Anzeige gebracht werden. Der Börsenvorstand wird gegebenenfalls gegen Verbreitung unwahrer Gerüchte unmissverständlich einschreiten.

Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß, so lange nur Einheitskurse festgesetzt werden, der Handel zu anderen als den amtlich festgestellten Kursen sowohl an der Börse als auch im Verkehr von Büro zu Büro verboten und die Verbreitung anderer Angaben über die Bewertung von Wertpapieren nach der Notverordnung vom 15. Juli 1931 auch außerhalb der Börse räume unzulässig ist.

Macdonald und das Parlament

London, 3. September.

Das Unterhaus ist zum 8. September einberufen worden. In einer fast fünfständigen Sitzung hat die Regierung die Beratungen über den Finanzplan abgeschlossen. Sofort nach der Öffnung des Unterhauses wird Macdonald, ohne auf diesen Plan einzugehen, eine Erklärung abgeben, in der er das Haus bitten wird, über das Schicksal der nationalen Regierung sofort zu entscheiden. Die Abstimmung nach der ersten Sitzung wird von der Regierung als Vertrauens- oder Mißtrauensvotum betrachtet werden. Wahrscheinlich wird der Schatzkanzler erst am 9. September den Finanzplan der Regierung bekanntgeben.

Weiter verbreitet folgende Mitteilung: Der innerpolitische Charakter der jetzt erörterten Fragen scheint notwendigerweise das Problem der Außenpolitik der nationalen Regierung in den Hintergrund zu drängen. Inzwischen findet heimliche Abweichung von der Politik der Regierung statt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß auswärtige Angelegenheiten vernachlässigt werden. Man erwartet im Gegenteil, daß der Staatssekretär des Außenministeriums auf den Zusammentritt des Parlaments warten und daß er schon vorher eine allgemeine Erklärung abgeben wird. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem die laufenden Kabinettsitzungen ihm die nötige Zeit gestatten werden, wird Lord Reading eine Darlegung seiner Politik machen. Obgleich die Regierung im gegenwärtigen Augenblick Maßnahmen plant, die dazu bestimmt sind, Fragen von unmittelbarem Interesse zu behandeln, verliert sie die finanzielle Lage in ihrer Auswirkung auf andere Länder nicht aus dem Auge, und es besteht alle Aussicht, daß die Sorge um

die Lage und der Wunsch, an der Lösung der Probleme unserer europäischen Freunde mitzuwirken, die von der Arbeiterrichtung und dem Unterhaus vor der Tagung des Hauses Ende Juli an den Tag gelegt wurden, ebenso voll in Erscheinung treten werden, wenn sich eine Gelegenheit bietet, die gesamte innere und auswärtige Politik der nationalen Regierung zu enthüllen.

Russischer Dumpingversuch in Ägypten?

London, 3. September. Der Timeskorrespondent in Kairo berichtet, die ägyptische Regierung habe in Erfahrung gebracht, daß die Sowjetregierung, die bereits den Jemen und das persische Küstengebiet mit billigen Waren überschwemmt habe, eine intensive Campagne kommerzieller Durchdringung Ägyptens vorbereite. Dem Premierminister sei nahegelegt worden, einen Sonderzoll auf russische Waren zu legen.

Die neue Verfassung für Jugoslawien

Rückkehr zur Demokratie?

Belgrad, 3. September. Die neue jugoslawische Verfassung, deren Grundlage die demokratischen Prinzipien bilden, befähigt die bestehende Organisation des Staates und die Einheit der Nation. Aus den Verfassungsbestimmungen seien noch folgende erwähnt: Als amtliche Sprache gilt serbisch, kroatisch und slowenisch. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. — Wählbar zum Senat sind alle Bürger, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und das 40. Lebensjahr überschritten haben. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses müssen mindestens 30 Jahre alt sein. Das aktive Wahlrecht haben alle Bürger, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Gesetzgebungen bedürfen der Annahme durch Senat und Abgeordnetenhause. Der Bonus wird vom Ministerpräsidenten ernannt. In den Übergangsbestimmungen wird festgestellt, daß die Verkündung von Gesetzen bis zur Konstituierung des neuen Parlaments auf dem bisherigen Wege erfolgt.

Wo ist der Nautilus?

Oslo, 3. September. Nach einer Zeitungsmeldung aus Longneartown auf Spitzbergen will die Schiffsflektion des norwegischen Kohlendampfers „Ingeret“, der dort gestern eingelaufen ist, am 1. September nachts um 21.50 Uhr Signale ausgesendet haben, die sie nicht zu entziffern vermochte, von denen sie aber annimmt, daß sie von dem Unterseeboot „Nautilus“ stammen. Die Offenheit in Norwegen ist über das Schicksal der „Nautilus“ stark beunruhigt. Die drahtlose Station auf Bergen hatte bisher noch keinerlei Nachrichten empfangen.

* In Dresden verstarb der 1866 geborene Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Richard Koth. Er war zuletzt im Ministerium des Innern Geheimrat bei der Abteilung Landwirtschaft und ist 1919 in den Ruhestand getreten. Bevor er in den Staatsdienst überging war er Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Annaberg (1892 bis 1899) und bis 1900 Direktor der Landwirtschaft in Chemnitz.

* Das schlesische Kabinett ist zurückgetreten und eine Sonderaktion des schlesischen Kongresses ist für Donnerstag einberufen worden, um über die Frage einer Verhängung des Belagerungszustandes Beschluß zu fassen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Wetterungsbedingungen. Zeitweise schneefreie Winde aus SW bis West. Vorübergehend stark bewölkt. Allgemeine Temperaturverhältnisse wenig geändert. Bewölkungszustand, sonst leicht erhebliche Niederschläge.

Rolan
Autorisierte Liberté
(Nachdruck verboten.)

„Rolande, ich kann Herr Abbe, wenn in diesen traurigen Tagen den ich kenne, Rolande, das hindern, daß die Was mich enttäuscht worden uns ein Zeichen so viele Zeichen Frau mit offenen gehen hat, trotz dieser unglücklichen Vernichtung des und wahr! Der Abbe mal den Kopf. Was Sie nen. Roger W. er hängt darin ab, die jedem stehen; denn angenehme Leben vielleicht auf die Eiferjucht, mer da, bereit, annimmt, daß haben Nötiger.“

Ha
Der er
Reichs

Der Reichs
Berichte Reichs
Von den
August abgero
tragen in Bonn
Nach dem
1931 hat sich i

die gesamte
und Schock
RN

Im einzelnen
und -schecks u
Lombardbestän
zugewonnen
der Vorwoche
mit 38,4 Mill.

An Reichsb
sammen 1

und zwar hat
331,0 Mill. RM.
bankschleinen
Demontsprech
bank an Rem
mindert. Die
eine Abnahme

Die Bestän
Devisen ha

Im einzelnen
1506,1 Mill. RM.
Devisen um 4
Die Deckung
Devisen beträ
Vorwoche.

Der vorlie
spruchung de
Mill. RM. geg
RM. im Vorj
mit 3450 Mill.
sprechenden
woche noch
lag. Die Gori
gleich zum V

die Gehälte
wurden, un

Außerdem ma
einer Z u G
äußert haben
auf die kurz
sind die Lo
auf 208 Mill.
schätzwechse
hört, was de
Die sonstigen
das Reich
trag in Ansp
hat sich um
nur unbedeut
deckung dur
trägt 30,3 geg
berücksichtig
ist immer au
11 M. hinzu

Der unstat
Wechsel u
100

Der Entwick
sich der N
gegenüber ei
den Vorjahr
5,15 Mrd. im